

Mainz, 24.01.2014

Anfrage 1899/2013 zur Sitzung am 04.12.2013

Vollzug der Bundes- und Landeszuschüsse infolge des Kitaausbaus und ihre Auswirkungen auf die städtischen Finanzen (CDU)

Während sich die Landesregierung mit dem Kitausbau schmückt, müssen die Kommunen dafür reichlich die finanziellen Lasten tragen. Nach der Revisionsklausel in Rheinland-Pfalz sind, weil beim sogenannten Krippengipfel eine Drittelfinanzierung zwischen Bund, Land und Kommune vereinbart wurde, die Finanzierungslasten dem Kitausbau anzupassen. Diese Anpassung ist durch die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz indes nicht erfolgt. Bis 2012 hat sich das Land, entgegen dem Bund, an den U3- Ausbaucosten nicht beteiligt; lediglich kurz in 2013, aktuell überhaupt nicht mehr. Die Finanzierungslast liegt im U3-Bereich somit über 2/3 bei der Stadt. Die rot-grüne Landesregierung hat die ihr vom Bund zugeflossenen Mittel zur Finanzierung der Personalfolgekosten für die Kitaausbaucosten nicht an die Kommunen weitergeleitet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie hoch sind die bisher von der Stadt seit Antritt der neuen Landesregierung jeweils getätigten Investitions- und Personalkosten für den Kitausbau (bitte getrennt und nach Jahren aufschlüsseln)?
2. Wie hoch sind die jeweiligen Landeszuschüsse dazu (bitte auch getrennt und nach Jahren aufschlüsseln)?
3. Wie viel davon kommt (bitte ebenfalls so aufgeschlüsselt) aus dem kommunalen Finanzausgleich, also aus Finanzmitteln, die der Stadt bereits gesetzlich zustehen?
4. Wie stellt sich die jährliche Entwicklung der Personalkosten im Kinderbetreuungsreich bei der Stadt Mainz seit Antritt der rot-grünen Landesregierung dar?
5. Wie gedenken in Sonderheit der Oberbürgermeister und der Finanzdezernent die berechtigten Ansprüche der Stadt Mainz gegenüber dem Land anzumelden, oder wollen sie nicht aktiv werden? Wenn nein, warum will die Stadt nicht aktiv werden?

Hannsgeorg Schöning
Fraktionsvorsitzender